



öffentlich

**Betreff:**

Für die Erweiterung des Mahnmals gegen Faschismus und Krieg auf dem Platz der Einheit /Einreichen

**Einreicher:** Fraktion CDU

Erstellungsdatum 06.10.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge schließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Mahnmal gegen Faschismus und Krieg auf dem Potsdamer Platz der Einheit würdevoll und weltoffen zu einem Mahnmal für alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert erweitert, die durch deutsche Staatlichkeit im 20. Jahrhundert, durch Duldung oder aktives Handeln, durch das Deutsche Kaiserreich, des nationalsozialistische Deutsche Reichs und durch die sozialistische DDR umgekommen oder zu Schaden gekommen sind. Dies soll insbesondere an den Genozid an den Armeniern im 1. Weltkrieg, den Völkermord an den Juden, Sinti und Roma, die Gewalt gegen politisch Andersdenkende wie, sexuelle anders oder divers Orientierte, religiös Gebundene, die 20.000 Opfer der Zwangsvereinigung von KPD und SPD seit dem April 1946, ermordete und bedrängte Christdemokraten und Liberale oder die Opfer der deutschen Teilung durch Trennung, Mauer und Schießbefehl erinnern und künftige Generationen im Sinne eines „nie wieder“ mahnen.

Die Konzeption soll zunächst durch die Stelle Erinnerungskultur und Gedenken unter Federführung von Herrn Bülow in der Kulturverwaltung geprüft werden. Dabei ist auch zu prüfen, wie baulich sensibel mit dem bestehenden Mahnmal/Ort am Platz der Einheit umgegangen werden könnte, um seinen Denkmalwert zu erhalten und zu erweitern.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im 1 Quartal 2021 über die Ergebnisse in einer Mitteilungsvorlage zu informieren.

gez.  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Es ist im 30. Jahr der Einheit Deutschlands an der Zeit, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam geschichtsbewusst und weltoffenen zeigt und würdevoll an einem Platz aller namhaften und unbekanntem Opfer des 20. Jahrhunderts gedenkt. Unvollkommene oder politisch einseitig ausgerichtete Denk- und Mahnmale sollten eigentlich seit 1990 der Vergangenheit angehören.